

Rosarote Politik: Unser blaues Wunder

Was sich die rosarote Fraktion im Juni-Landtag geleistet hat, verdient einen Rückblick. Wolfgang Marxer, in seiner Funktion als GPK-Vorsitzender, liess verlauten, dass ihm das defizitäre Staatsbudget Sorgen bereite: «Man darf nicht mehr ausgeben, als man hat.» Marxers Worten folgten dann aber ganz andere Taten, wie folgende Beispiele aufzeigen:

Zuerst versuchte die weisse Fraktion mit einer Initiative, die Mindestertragssteuer anzuheben. Dies im guten Wissen, dass ihre Schwesterpartei, die Roten, wenige Monate zuvor mit einem ähnlichen Versuch nicht durchgekommen war. Der Landtag hat nämlich verbindlich beschlossen, die Mindestertragssteuer zu behandeln, sobald die notwendigen Zahlen bereitliegen. Dies könnte im kommenden Herbst der Fall sein. Die Weissen foutieren sich um geltende Landtagsbeschlüsse und zwängeln und drängeln, wenn's um ihre eigenen Interessen geht, immer weiter. Die Millionen, die mit einer erhöhten Mindestertragssteuer angeblich eingenommen werden könnten, hatten die Weissen und ihre rosaroten Gefolgsleute aus den Reihen der VU nämlich schon verplant. Dies trotz eines betrieblichen Defizits von 70 Millionen im Staatshaushalt. Dass

die Roten mit den Schwarzen einen Koalitionsvertrag und ein Regierungsprogramm unterzeichnet haben, in welchem die Sanierung des Staatshaushalts oberste Priorität hat, scheint zumindest 5 Rote in zunehmender Hörigkeit zu den Weissen nicht (mehr) zu kümmern.

Buchhalterisches Flair haben die Rosaroten nur für Ausgaben. Den Staatsbeitrag für die OKP wollte man um 9 Millionen erhöhen; ein neues, «unabhängiges» Superamt für Menschenrechte soll eingerichtet werden (warten allenfalls schon rosarote Geschäftsführer/-innen auf einen Anstellungsvertrag?). Beim Amt für Umwelt und bei der Polizei beklagten die Rosaroten einen angeblichen Personalmangel. Und natürlich, wie könnte es anders sein, den Staatsbeitrag für LIEmobil wollten die Rosaroten um eine Million erhöhen.

Die Gallionsfigur der rosaroten Partei, Thomas Lageder, setzt in den Umverteilungsbestrebungen jeweils das Pünktchen aufs i. Er würde gerne eine Einheitskrankenkasse und eine einkommensabhängige Krankenkassenprämie einführen. Reichen und Besserverdienenden würde er das Kindergeld und die AHV streichen, um dem Ideal eines sozialistischen Staa-

tes näherzukommen. Am liebsten wäre ihm ein Liechtenstein, in dem er als Chef der gefälligen Rosaroten, als Partei-, Regierungs- und Staatschef in einer Person das Geld nach seinem Gutdünken verteilen könnte.

Schaut man sich die VU an, erkennt man: Das ideologische Gebaren der Weissen ist für so manchen Roten verführerisch; bei der DU-Fraktion verfängt die linke Taktik allerdings nicht. Das blenderische Gutmenschen-tum der Rosaroten würde unsere Staatsreserven im Nu aufbrauchen. Es darf nicht sein, dass unsere Landespolitik immer mehr von planwirtschaftlichen Ideen geprägt wird. Die DU-Fraktion setzt sich für ein ausgeglichenes Budget ein und ist überzeugt, dass der überdimensionierte Staatsapparat zurückgefahren werden muss. Für uns sind die Worte des GPK-Vorsitzenden Wolfgang Marxer keine leeren Worte: «Man darf nicht mehr ausgeben, als man hat.» Sonst erleben wir mit den rosaroten Geldverschwendern noch ein blaues Wunder.

Eine Stellungnahme der DU-Fraktion: Herbert Elkuch, Erich Hasler, Harry Quaderer, Thomas Rehak, Pio Schurti, Peter Wachter